geben (so gab es auch der ORF zu), herauszufinden, ob nicht einige der Geiseln auf die Seite des iranischen Volkes übergegangen sind. (Immerhin bekundeten noch während ihrer Gefangenschaft einige Geiseln via Fernsehen ihr Verständnis für den Kampf des persischen Volkes und verurteilten die Verbrechen der USA in Iran, auch der ehemalige amerikanische Justizminister gab öffentlich gleiche Stellungnahmen ab, und einige Angehörige der Geiseln sowie Pfarrer, die die Geiseln in Iran besuchten, stellten fest, diese würden von den Persern korrekt behandelt.)

Durch die CIA-Haft sollten die Freigelassenen eine Weile von der Öffentlichkeit abgeschirmt werden, damit sie nicht etwa ausplauderten, was der offiziellen Hetz- und Lügenpropaganda zuwiderläuft, bevor sie „auf ihr Verhalten in der Freiheit vorbereitet" worden wären. (So „sicher" sind sich die US-Imperialisten ihrer „gerechten Sache" gegenüber Iran! Sie wissen, daß die amerikanischen Volksmassen keineswegs so begeistert und voll hinter ihrer Politik stehen, wie das die Massenmedien behaupten.) Diese „Vorbereitung" diente dazu, die freigelassenen Geiseln auf die Linie der Machthaber in den USA festzulegen, und was die Heimkehrer dabei wirklich unter ganz beachtlichen Druck setzt (davon sprachen unsere Psychiater allerdings nicht), ist die Tatsache, daß sie größtenteils Beamte des Außenministeriums beziehungsweise Militärpersonen sind, die ihren Oberen zu Gehorsam verpflichtet sind.

Kaum waren die von Iran festgehaltenen Amerikaner freigelassen, spekulierten amerikanische und andere westliche Zeitungskommentatoren darüber, ob die Vereinbarungen von Algier überhaupt rechtskräftig seien. Ob die neue Regierung unter Reagan die Abmachungen mit Iran brechen wird oder sie respektiert (die offiziellen Stellungnahmen aus Washington lassen noch keine ganz klare Linie erkennen) und die „Überlegungen" der Presseleute nur dazu dienen, die Niederlage der amerikanischen Imperialisten zu kaschieren und zu helfen, daß Reagan sein Gesicht als starker Mann wahren kann, das ist bei Redaktionsschluß dieser Nummer noch nicht abzusehen.

* * *

DER FRIEDE IST NICHT DAS WICHTIGSTE



Für den neuen Außenminister von US-Präsident Reagan, General Haig, ist der „Friede nicht das Wichtigste" Dies erklärte der General wörtlich, als er vom US-Senat wegen seiner Rolle im Watergate-Skandal und in Vietnam befragt wurde. Der General, der den Einsatz von Atomwaffen im Konfliktfall nicht ausschließt, meinte weiter, die Entscheidung liege „zwischen Freiheit und Tod".

Dem General ist der Friede also nicht das Wichtigste. Klar, absolut klar Denn die amerikanischen Banken und Konzerne, denen der General wie auch sein Chef Reagan treu dienen haben kein Interesse am Frieden. Für sie ist Rüstung und Krieg das beste Geschäft. Im Gegenteil – sie wollen uns auf neue Kriege bis hin zu einem neuen Weltkrieg vorbereiten. Und die „Freiheit", für die sich der General so stark macht, ist die Freiheit der amerikanischen Machthaber, das Geschäft mit dem Krieg zu machen. Und der Tod ist die logische Folge dieser ihrer Freiheit; millionenfacher Tod auf den Schlachtfeldern eines dritten Weltkriegs, zu dem die amerikanischen Imerperialisten wie ihre russischen Konkurrenten aufrüsten.

Der General war ja nie zimperlich, wenn es galt, diese „Freiheit" des Geschäfts mit dem Krieg zu verteidigen. Haig war ja verantwortlich für das Massenbombardement 1972 in Vietnam, mitten in den Friedensverhandlungen. 40.000 Tonnen Bomben ließ er damals über den Städten Hanoi und Haiphong abwerfen. Haig sagt dazu heute, die Bombardierungen seien im „besten Interesse der USA gewesen" und hätten„die beabsichtigten Resultate gebracht". Haig war auch für die Bombardierungen in Kambodscha zuständig; weiters hat er auch den vom CIA arrangierten Putsch des faschistischen Bluthundes Pinochet in Chile koordiniert.

Diese „Tradition", so hat Haig offen verkündet, wollen die USA in Zukunft noch mehr als bisher pflegen. In Lateinamerika, Nahost – überall in der Welt. El Salvador soll das erste Beispiel dieser Politik werden.

Völker sind stärker als Bomben – der General erinnert sich doch wohl noch an die Niederlage der US-Imperialisten in Indochina. Daran hat sich nichts geändert, wie Reagan im Zusammenhang mit den amerikanischen Geiseln schon zu spüren bekam, als er noch kräftig auf seinem Antrittsbankett feierte. So wie in Iran, Nicaragua, El Salvador, Afghanistan, Polen usw. werden die Völker überall dafür sorgen, daß sowohl die amerikanischen als auch die russischen Kriegstreiber zu spüren bekommen, daß sie gegen Menschen keine Chance haben, die für ihre gerechte Sache kämpfen. •

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 5,– Jahresabonnement (17 Nummern) S 85,-

Nummer 180, Feber 1981

Wie lange noch Politik gegen die Arbeiter?

Wenn man von dem adeligen Steher Lütgendorf absieht, der seinen Ministersessel zur Verfügung stellte, um unbeschwert seinen Ambitionen im internationalen Waffengeschäft nachgehen zu können, wird sich in Kreiskys Regierungsmannschaften wohl kaum einer finden lassen, der in den Augen der werktätigen Menschen so vollkommen die arbeiterfeindliche Politik der sozialdemokratischen Regierung verkörperte wie der gewesene Finanzminister.



Der „Schinder-Hannes"

Für die arbeitenden Menschen in unserem Land steht Androsch nicht nur und schon gar nicht hauptsächlich für die ja sonst auch bemerkbare Vermengung von privaten und politischen Interessen. Mit Androsch verbinden arbeitende Menschen eine Wirtschaftspolitik zu ihren Lasten. indirekte Steuern, Gebühren und Tariferhöhungen, Schröpfung nach dem bewährten und von Androsch immer wieder propagierten Grundsatz, daß es sich halt mehr bezahlt machen würde, den vielen von dem wenigen, das sie haben, vieles noch wegzunehmen, statt die wenigen, die vieles haben, stärker zur Kasse zu bitten. Mit Androsch verbinden die arbeitenden Menschen

▷ ▷

in Österreich die Praxis der von ihnen mit großer Mehrheit gewählten Regierung, die von den Kapitalisten in der Krise erwirtschafteten Verluste durch verstärkte Steuerauspressung von den arbeitenden Menschen bezahlen zu lassen. In der Tat werden die Unternehmer mit Aufträgen, Subventionen und Steuergeschenken überfüttert, während die Arbeiter immer stärkere Reallohnverluste in Kauf nehmen müssen. Androsch, der Mann des in- und ausländischen Finanzkapitals und der Atomlobby, war das Symbol dieser Politik.

„Kein Linksruck"

Kreisky hat auf die deutliche Ablehnung des Finanzministers durch die werktätigen Menschen und insbesondere auf die immer unübersehbarere innerparteiliche Kritik reagiert. Wie er darauf reagiert hat, das hat wohl allen und gerade auch denen, die sich von ihm immer noch eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse erwarten, zu denken gegeben. Zuerst schanzte er dem geschaßten Minister eine absolute Spitzenposition in der größten Bank der Republik zu, eine Machtstellung, die um nichts geringer, aber entschieden unangreifbarer ist als die eines Finanzministers (nebenbei bemerkt werden sich die Arbeiter von Niklasdorf freuen, wenn sie als obersten Chef den Mann vorgesetzt bekommen werden, von dem bekannt ist, daß er sich schon als Regierungsmitglied für die Schließung ihres Werkes stark gemacht hatte). Dann verkündet der neue Staatssekretär im Finanzministerium, der (von wem wohl?) „angesehene" Wirtschaftsexperte Seidel, gleich als erstes, daß er daran denke, die Remunerationen stärker zu besteuern. Und schließlich erklärt der Bundeskanzler klipp und klar, daß die Regierung nicht im geringsten vom bisherigen wirtschaftspolitischen Weg abgehen werde.

„Es wird keinen Linksruck geben,"schrieb Dibold am 17. Jänner in der „Arbeiterzeitung" und meinte, daß damit die ÖVP „ihre nächste Enttäuschung" erlebt hat. Die ÖVP, die Partei der Unternehmer, soll davon enttäuscht sein? Ein schlechter Witz. Wer davon in Wirklichkeit enttäuscht ist, werden die Bonzen der SP-Spitze wahrscheinlich bei den nächsten Versammlungen mit Arbeitern zu spüren bekommen.

Was mit Androsch verschwunden ist, ist nicht eine arbeiterfeindliche Politik, sondern nur deren Symbolfigur. Die Herren wollen offenbar weitermachen wie bisher. Die Kreisky-Garde in der SPÖ setzt immer noch auf das Motto „Meine Linke weiß nicht, was meine Rechte tut", um die Arbeiter irrezuführen und ihre Kapitalistenpolitik vor ihnen mit „Sachzwängen" zu rechtfertigen. Das Vertrauen in die SPÖ-Bonzen geht jedenfalls spürbar zurück.

Atom – AKH – Androsch: Bei dieser Politik müssen sie damit rechnen, daß ihnen die Arbeiter den oft genannten Körperteil gleichen Anfangsbuchstabens zuwenden und wie in Niklasdorf damit beginnen, ihre Interessen selbständig zu vertreten. ●

Kein Grund zum Feiern- für die Arbeiter



Als Kreisky vor gut einem Jahrzehnt im zweiten Anlauf sogar gestärkt durch eine absolute Mehrheit im Parlament, die Regierungsgeschäfte übernahm, erhoffte sich der einfache Wähler einen frischen Wind in der Politik, eine Politik für die arbeitenden Menschen. Für die ewigen Packeleien der Sozialisten mit den Kapitalisten, ein „Gütezeichen" der vorangegangenen Koalitionsära (die Zeit der schwarzen Alleinregierung war nur ein kurzes Intermezzo), schien nun wirklich kein Anlaß mehr zu bestehen. Kreisky fing diese Stimmung auf, indem er „Modernisierungen" versprach, Reformen ankündigte, Kommissionen einsetzte, Beiräte schuf usw.

Es sollte jedoch anders kommen. Seine Reformen – anfangs noch ein spätes Nachholen dessen, was die bürgerliche Revolution verhieß und einzulösen vergessen hatte (formale Gleichstellung von Frau und Mann, arbeitsrechtliche Angleichung von Angestellten und Arbeitern usw.) – enden heute damit, daß etwa die Urlaubs- und Weihnachtsremuneration demselben Steuersatz unterworfen sein soll wie der Normallohn; der „Privilegienabbau", von Kreisky oft und oft beschworen, beginnt bei den Arbeitern. „Konsens", „Einigung über die Grenzen der Parteien hinweg" bleibe die Maxime seiner Politik, bekräftigte Kreisky bei seinem Geburtag und sagte damit ja zum Kapitulieren der Sozialisten vor den Kapitalisten, das auch unter der SPÖ-Alleinregierung ständig erfolgte und heute darin gipfelt, daß die SPÖ- und ÖGB-Führung die Werktätigen zur „Lösung" der Krise kräftig zur Kassa bittet, ihnen eine Belastung nach der anderen auferlegt. Und während Kreisky von „Demokra- ▸▸

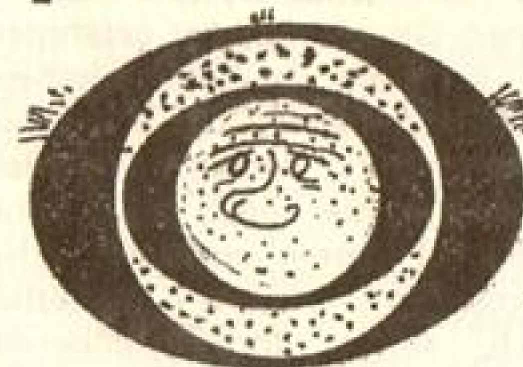
tisierung" spricht, zeichnet die sozialistische Alleinregierung verantwortlich für den stetigen Ausbau des bewaffneten Staatsapparats, verniedlichen Kreisky und sein Team die Gefahr rechtsradikaler, faschistischer Strömungen

Die in letzter Zeit bekannt gewordenen Skandale um SPÖ-Politiker, die Politik als Geschäft für die eigene Tasche betreiben, sind nur die Spitze eines Eisberges, sie zeigen, wie sehr unsere „Arbeiterführer" Teil des kapitalistischen Systems geworden sind und deshalb auch eine Politik fur die Kapitalisten machen.

Kreisky ist federführend für diese Politik, die er geschickt, „meisterhaft". auszuführen versteht. Bis auf die Einkommensmillionen, die auch er bezieht, ist er „integer", erhaben über jeden Verdacht der Korruption und sollte sich in der Bevölkerung ein Unmut über seine Politik regen, so beruft er eben einen Minister ab und ersetzt ihn durch ein neues Gesicht, den Gefeuerten dabei in ein noch höheres Amt mit noch größerem Einfluß hievend, jedoch besser entrückt den Augen der Öffentlichkeit.

Die Bourgeoisie jedenfalls ist dankbar, daß sie einen solchen Politiker hat, und deswegen auch die Huldigungen, die namhafte Vertreter aus der „Wirtschaft" Industrielle, Banker, Repräsentanten der Kapitalistenvereinigungen dem Jubilar zu Ehren auf der Gala-Geburtstagsfeier in der Hofburg darbrachten. Über einen solchen Gast auf ihrem Banquette freut sich die Bourgeoisie, da wird die Feier zum Familienfest Verständlich auch der spektakuläre „multimediale" Personenkult, den sie um Kreisky anläßlich seines Geburtstages groß aufzog, und einleuchtend, daß sie gegen eine tiefempfundene Verehrung, die Arbeiter und Bauern ihren wahren Führern entgegenbringen, mit Verachtung, Verleumdung und Dreck zu Felde zieht. ●

Impfversuch gegen den „polnischen Bazillus"



Nach Einschätzung der ORF-Korrespondentin in Warschau, die uns in letzter Zeit fast allabendlich mit ihren „Analysen" zu Polen beglückt, geht es dort in den Klassenkämpfen zwischen der Arbeiterschaft und den Partei- und Staatsbonzen um die Entscheidung der Frage: „Sozialpartnerschaft oder nicht"

Ein falsches Bild von Polen . . .

„Sozialpartnerschaft" ist bekanntlich eine typisch österreichische Ausformung der kapitalistischen Herrschaft im Westen: „Arbeitervertreter", in jungen Jahren zumeist wirklich noch in einem Betrieb als Arbeiter tätig, jetzt aber längst „freigestellt", allerlei Vorzüge und Privilegien samt einem höheren Einkommen genießend und zuweilen Politik als Geschäft für die eigenen Taschen betreibend, gemeinsam mit Intellektuellen, die sich in den Apparaten der Gewerkschaften und Arbeiterkammern hochgedient haben, teilen sich mit den „alten" Kapitalisten die Macht, um zu deren Wohl die Arbeiter im Zaum zu halten und zu betrügen. Genau das will die Mehrheit der polnischen Arbeiter aber nicht. Denn die Herrschaft einer monopolkapitalistisch-bürokratischen Clique genießen sie ja schon, und sie wissen, daß alles beim alten bliebe, wenn sie nur die Riege der alten Apparatschiks durch neue aus ihren Reihen auffrischen wollten. Sie drängen vielmehr vorwärts zum Sozialismus, freilich nicht zum „Sozialismus" ihrer Bonzen. Die arbeitenden Menschen sollen über ihr Schicksal selbst bestimmen können.

Da ist bei unserer Korrespondentin wohl der Wunsch der Vater des Gedankens wie bei vielen anderen „Polen-Berichterstattern" quer durch alle westlichen Länder: Sie tun so, als ob die Arbeiterklasse Polens keinen selbständigen, unabhängigen Kampf führt, sondern nur das östliche System gegen die „Freiheiten" des Westens austauschen wollte; freilich mit Zurückhaltung, da durchgesickert ist, daß das nicht stimmt. So haben sich die Journalisten abge-

Unser Lokal:
Wien 20, Universumstraße 40
Diskussionen jeden Freitag ab 20 Uhr
Telefon 33 87 774
Postanschrift:
1205 Wien, Postfach 3

VRA

wöhnt, einfache Arbeiter in diese Richtung hin zu interviewen, weil sie jedesmal eine Abfuhr erleiden, nicht die gewünschten Antworten erhalten. Am besten hat dies (laut „Kurier", der sich darüber sehr enttäuscht zeigte) ein Arbeiter aus Krakau formuliert: „Wenn ihr im Westen glaubt, daß wir hier für die Absichten eurer Politiker die fünfte Kolonne spielen, dann irrt ihr euch kräftig."

. damit die Arbeiter Österreichs nicht genauso handeln

Es hat also einen tieferen Grund, warum die genannte Reporterin davon spricht, den polnischen Arbeitern gehe es um die „Sozialpartnerschaft" Ihre „Analyse" ist an die Adresse der österreichischen Arbeiter gerichtet. Denn diese sind unzufrieden mit der „Sozialpartnerschaft" in Österreich und beginnen selbständig zu denken und zu handeln und sehen in den Aktionen der polnischen Arbeiter ein gutes Beispiel. Aber die österreichischen Arbeiter sollen gegen eine Ansteckung durch den „Rebellionsvirus" ihrer polnischen Klassenbrüder immun gemacht, sollen davon abgehalten werden, „polnisch" zu reden indem ihnen vorgegaukelt wird, die Polen kämpften um das, was wir in Österreich schon lange haben, also bestünde für die Werktätigen Österreichs kein Anlaß, es den Polen nachzumachen

Das üble Spiel der Kirche

Wer in Polen wirklich die „Sozialpartnerschaft" will, um die revoltierende Arbeiterschaft in „geordnete Bahnen" zu lenken und das herrschende System nicht in seinen Grundfesten zu gefährden, das sind die „kommunistischen" Parteimachthaber, die auf einen „Reformkurs" setzen, die „Dissidenten" (unter ihnen Sozialdemokraten, Titoisten, und andere „Reformkommunisten"), sicherlich auch einige kompromißbereite Führer der neuen Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc – und die Kirche.

Sie verfolgt einerseits ihre egoistischen Interessen, will auf den Rücken der Arbeiter mehr Machtpositionen gegenüber dem etablierten Regime einheimsen, auf der anderen Seite erweist sie sich als Stütze des herrschenden Establishments (zu dem sie selbst zählt), ruft die Arbeiter zur Mäßigung auf (vgl. zuletzt den Mäßigungsappell ihres römischen Oberführers) weil sie vor einer echten Diktatur des Proletariats ebenso Spundus hat, würde sie doch dadurch samt den Parteiapparatschiks von der Bildfläche verschwinden. Da noch viele polnische Arbeiter religiös empfinden, hat sie einen gewissen Einfluß unter ihnen, doch die polnischen Arbeiter sind schon zu oft gefrozzelt, hingehalten und betrogen worden, als daß sie sich länger auf faule Kompromisse einlassen würden.

Die Krise haben nicht die Arbeiter gemacht

Parteiführer und Kirche suchen den Arbeitern einzureden, sie sollten jetzt einmal ruhig bleiben, wieder an die Arbeit gehen, die Wirtschaft müsse zuerst gesunden, dann könne man über die verschiedensten Forderungen (wie den freien Samstag) verhandeln. Man vermeint fast den ÖGB-Präsidenten Benya zu hören, der im Interesse der herrschenden Kreise in Österreich so „argumentiert": Der „wirtschaftliche Kuchen" sei kleiner geworden, es gäbe jetzt weniger zu „verteilen", die Arbeiter müßten fleißig werken und den Gürtel enger schnallen, erst wenn es wirtschaftlich wieder besser gehe, können man über eine „günstigere Verteilung" reden. Oder etwas anders formuliert: Die Arbeiter sollten brav arbeiten, die Produktivität müsse erst steigen, die Politik sollten sie den Politikern (den „Sozialpartnern" bzw. in Polen: den „Kommunisten") überlassen, dann erst, viel später, sei die Zeit reif für mehr „Verteilung" beziehungsweise für einen höheren Lebensstandard der Werktätigen im „realen Sozialismus".

Arbeiten tun die Polen jedoch sehr viel, seit Kriegsende und der Befreiung vom faschistischen Joch ist die Produktivität in allen Wirtschaftsbereichen Jahr für Jahr gestiegen. Dasselbe gilt für Österreich. Auch hier arbeiten die Menschen den ganzen lieben Tag lang, ihr Leben lang. Was hüben wie drüben den Werktätigen eine Wirtschaftskrise beschert, dazu führt, daß sie die Früchte ihrer Hände Arbeit nicht genießen können, ist nicht ihre Faulheit, sondern allein die Organisation der Produktion nach dem Profitprinzip, ist die Herrschaft der Kapitalisten (in Polen: die Herrschaft einer Kapitalistenklasse neuen Typs).

Worum es also sowohl in Polen als letztlich einmal auch in Österreich geht, ist nicht mehr Arbeit, sondern die Machtausübung durch die Arbeiterschaft, damit sie ihr Schicksal selbst bestimmen kann.●



Aber vielleicht mit Ihnen, lieber Leser?

Abonnieren Sie die Zeitschrift
☐ „für die volksmacht" (17 Nummern) S 85,–
oder bestellen Sie
☐ zwei kostenlose Probehefte
und/oder bestellen Sie die Broschüre
☐ „Klassenkämpfe in China" (S 7,–)
Gewünschtes bitte ankreuzen

Name

Anschrift:

Genossin Tschiang Tsching: Eine Revolutionärin vor Gericht

«Revolution zu machen ist kein Verbrechen»



In einem „Gerichtsverfahren", das in eklatantem Widerspruch zum Rechtsempfinden des Volkes stand und nicht einmal die fragwürdigen Normen bürgerlich-demokratischer Justiz respektierte, wurde die proletarische Revolutionärin Tschiang Tsching, die Witwe des Genossen Mao Tsetung, zum Tode verurteilt. Die chinesischen Revisionisten wagen es jedoch nicht, das Urteil zu vollstrecken, weil sie Angst vor dem Volk haben.

Trotz der Zensur durch die konterrevolutionären Machthaber gelangten Auszüge der Rede Tschiang Tschings in den Westen, die wir hier wiedergeben, weil sie den unbeugsamen marxistischen Kampfwillen der Genossin eindrucksvoll dokumentieren.

„Alles, was er (der Staatsanwalt) gesagt hat, ist, wie die Anklage, reine Erfindung, eine Entstellung der Geschichte. Er hat aus weiß schwarz gemacht, er mißachtet die Fakten und stellt die Wahrheit verschwommen dar, indem er ‚ja' mit ‚nein' mischt.

Seit 1966 haben ich und andere – und ich möchte die anderen hier nicht erwähnen – ständig in Übereinstimmung mit Mao gearbeitet, genauer in Übereinstimmung mit den Beschlüssen und Anweisungen des Zentralkomitees unter der Leitung des Vorsitzenden Mao, das heißt also, bis zu der Zeit, als der Vorsitzende Mao starb. Ich hatte niemals einen eigenen Plan, ich habe nur die Durchführung der proletarischen revolutionären Grundsätze des Vorsitzenden Mao verteidigt

Sie sprechen immer wieder von ihrem sogenanten überwältigenden Tatsachenmaterial. In Wirklichkeit suchen Sie händeringend in einem Ei nach Knochen Alles, was Sie während dieser sechs Verhandlungen getan haben, hat viele Fragen aufgeworfen.

Einer der Haupttäter bei dem Attentatsversuch (des Marschalls Lin Biao 1971) gegen den Vorsitzenden Mao tritt hier als Zeuge auf. Er hatte einen Verschwörerplan ausgeheckt, das ganze Zentralkomitee umzubringen einschließlich meiner Person, der Frau des Vorsitzenden Mao, der Person, die ihm 38 Jahre folgte und ihn ebensolange kannte

Während des Krieges war ich die einzige Genossin, die an der Front geblieben war, die einzige Frau, die Mao Tsetung folgte. Wo versteckten Sie sich während dieser Zeit? (Gelächter aus dem Publikum.) Jetzt haben Sie Mörder und Opfer in einen Topf getan. Sie haben einen Pfeil benutzt, um verschiedene Ziele zu treffen, aber die Große Proletarische Kulturrevolution war keineswegs eine Sache einer einzigen Person.

Sie verfolgen das Ziel, mich zu verleumden, den Vorsitzenden Mao zu verleumden und die Leistungen des Vorsitzenden Mao und seinen gigantischen Beitrag zum Marxismus-Leninismus zu revidieren. Indem Sie mich und Mao Tsetung verleumden, ververleumden Sie Tausende, die sich der Proletarischen Kulturrevolution anschlossen."

„Sie beschuldigen mich jetzt, ich hätte die Verhaftung von Leuten angeordnet und die Durchsuchung ihrer Häuser. Aber haben Sie nicht genau das mit mir getan? Sie sprechen von der Zerschlagung der Viererbande. In Wirklichkeit haben Sie mich heimlich verhaftet, mich gefangenommen und vier Jahre im Gefängnis festgehalten. Haben Sie nicht mein Haus durchsucht und alle meine Dokumente beschlagnahmt?"

„Ich weiß, Sie wollen nur meinen Kopf, Sie können ihn haben, aber ich fordere Sie heraus – gewähren Sie mir eine öffentliche Diskussion auf dem Platz des Himmlischen Friedens vor 150.000 Leuten, dann bin ich bereit, zur Hinrichtungsstätte zu schreiten."

„Ihr lenkt die Aufmerksamkeit des Volkes ab, indem ihr stinkende Namen (Anspielung auf Liu Schao-tschi und andere inzwischen „rehabilitierte" revisionistische Verbrecher; Anm. d. Red.) reinwascht. Zeugen werden verfolgt und zum Schweigen gebracht. Der Revisionismus ist ein Grashüpfer, der einen rollenden Wagen anhalten möchte. Der Revisionismus ist schwach und kann nicht dauern. Nur die Volksmassen können Geschichte machen."

„Ich habe Ihnen schon vorher gesagt, daß ich Sie uneingeschränkt respektiere – wenn Sie, das höchste Gericht, die richtigen politischen Grundsätze des Vorsitzenden Mao durchführen. Sie werden jetzt aber nicht durchgeführt."

Richter „Ich warne Sie nochmals, daß die Verleumdung von Parteiführern und Staatsmännern eine kriminelle Handlung ist."

Tschiang Tsching: „So denken Revisionisten wie Sie. Ich kann Sie uneingeschränkt anklagen, um jedem zu sagen, wie Sie Ihre Verbrechen begangen haben."

Der Richter hinderte Tschiang Tsching daran, ihre Rede zu Ende zu halten und befahl, sie aus dem Gerichtssaal zu entfernen. Tschiang Tsching blieb sitzen und mußte von drei Polizisten mit Gewalt aus dem Saal geschleppt werden. Dabei schrie sie den konterrevolutionären „Richtern" die Worte des Vorsitzenden Mao ins Gesicht: „Rebellion ist berechtigt!" und „Revolution zu machen, ist kein Verbrechen!"

Quelle. DER SPIEGEL 19 1. 1981 •



Niederlage für die USA

US-Geiseln freigelassen

Die von Iran festgehaltenen Amerikaner sind frei: Unsere Massenmedien sprechen (wenn auch nur vorsichtig) von einer Niederlage der Iraner, weil deren ursprüngliche , höhere Forderungen, die sie an eine Freilassung geknüpft hatten, nicht in Erfüllung gegangen sind.

Nicht so, wie Reagan es wünschte

Was wir feststellen können, ist jedoch das genaue Gegenteil dessen, was uns Zeitungen und Fernsehen einzureden versuchen: Die Freilassung der Geiseln und damit verbunden die Transferierung eines Teils der Gelder und des Goldes, die dem persischen Volk gehören, von Amerika nach Iran bedeutet eine neuerliche Niederlage für die USA. Denn Präsident Reagan, der noch vor einiger Zeit Großmaul spielte und lautstark polterte, er werde das „Geiselproblem" notfalls militärisch lösen, mußte jetzt, wie alle Welt sieht, von einer bewaffneten Intervention in Iran Abstand nehmen und klein beigeben. In Iran können die Amerikaner nicht so leicht einmarschieren, ohne sich ein neues Vietnam einzuhandeln.

Das gilt, auch wenn formell noch die alte Carter-Administration die „Lösung der Geiselfrage" über die Bühne brachte. Zum einen ist in der Praxis die Übergabe der Regierungsgeschäfte an die Regierung Reagan schon längst vor dessen eigentlicher Inthronisation in das Präsidentenamt erfolgt, zum anderen kommt es Reagan nicht ungelegen, sich rechtzeitig dieses für die Amerikaner so leidigen Problems entledigt zu haben, drücken ihn doch hinten und vorne immense innere und äußere Schwierigkeiten der USA.

Wer verletzt da das Völkerrecht?

Im Jahre 1953 stürzten die USA mit Hilfe ihres Geheimdienstes die nationale persische Regierung unter Mossadegh und verhalfen ihrem Mann, dem Schah, an die Macht. Diese eklatante Verletzung des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit durch die USA sollte dann noch 26 Jahre, bis zum Fall des Schah-Regimes, andauern: Während dieser Zeit wurden mit massiver amerikanischer Unterstützung die Armee des Schah, seine Polizei und sein Geheimdienst (die berühmt-berüchtigte SAVAK) ausgebaut, um das persische Volk blutig zu unterdrücken, und auf diese Weise die Ausplünderung des Landes durch die Imperialisten sicherzustellen. Fast drei Jahrzehnte also, in denen die Amerikaner die Freiheits- und Menschenrechte der Perser mit Füßen traten, dem Volk von Iran eine Bande übelster Schurken auf den Nacken setzten, die es aussaugte und die praßte, während die Werktätigen auf dem Land und in der Stadt in Not und Elend lebten.

Diesem Spuk bereiteten die iranischen Volksmassen vor nunmehr fast genau zwei Jahren ein Ende. Der Schah wurde von ihrer Revolution hinweggefegt. Seither lassen die US-Imperialisten nichts unversucht, die für sie bittere Entwicklung rückgängig zu machen und der Revolution den Todesstoß zu versetzen, dabei alle Mittel anwendend: Unterstützung konterrevolutionärer Elemente, die noch nicht ins Ausland geflohen, sondern untergetaucht sind und sich zum Gegenschlag organisieren. Aufeinanderhetzen der verschiedenen Völkerschaften Irans, Anzetteln der „Rebellion" der Kurden. Spionage (nicht zuletzt durch die Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran). Ständige Drohung direkter militärischer Intervention der USA in Iran. Hubschrauber-Invasion (die fehlschlug). Versuch, mit Hilfe des irakischen Regimes und seiner Armee die Perser in die Knie zu zwingen ...

Nichts als eine Kette von Aktionen, mit denen die Amerikaner ihre Verletzung des Völkerrechts fortsetzen. ➧➧



ZU TODE GEFOLTERT

In der „Volksmacht" vom Dezember habt Ihr über die Lage nach dem NATO-Putsch in der Türkei berichtet. Es war ja wirklich empörend, wie unsere Zeitungen diesen Umsturz durch das Militär verniedlichten und wie sie uns diese rechte Diktatur als recht demokratisch schmackhaft machen wollten.

Am 23. Dezember konnte man in der „Kronenzeitung"(!!!) folgenden Satz lesen:

„Zu Tode gefoltert wurden vom türkischen Militärregime fünf linke Oppositionelle."

Die demokratischen Militärs müssen also notgedrungen offenbar zu solchen Mitteln wie die Folter greifen, um ihre Demokratie aufrecht erhalten zu können. Der österreichische Zeitungsleser muß sich dazu einiges denken.

H. G., Wien ●

Die Sperre der iranischen Gut haben auf amerikanischen Banken durch Carter ist aber nicht minder eine Brechung des Völkerrechts: Diese Gelder gehören dem persischen Volk. Sie stammen aus dem Erlös des Erdöls, das der Schah an die Imperialisten verschleuderte, aus den Steuern, die er den persischen Bauern und Arbeitern abpreßte, sowie aus Unternehmensgewinnen, die die iranischen Werktätigen erwirtschafteten und von denen sich die Schah-Clique riesige Anteile in ihre Taschen steckte. Das Abkommen von Algier sieht nur die Rückgabe eines Bruchteils dessen vor, worauf die Perser Anspruch haben.

Hetzpropaganda gegen die iranische Revolution

Die Freilassung der amerikanischen Geiseln wurde von den Massenmedien erwartungsgemäß propagandistisch ausgeschlachtet, um die iranische Revolution in den Dreck zu ziehen, um unter den arbeitenden Menschen Europas und Amerikas Stimmung zu machen gegen den anti-imperialistischen Freiheitskampf der Völker der Dritten Welt, im besonderen Irans. Ganz auf der Linie der faschistischen Verhetzung, die auf den Fahnen Reagans und seines Teams geschrieben steht

Aber der Kampf der Völker der Dritten Welt, auch in Persien, richtet sich nicht gegen uns, sondern gegen die Imperialisten, die auch uns ausbeuten und unterdrucken und für ihren Profit als Kanonenfutter motivieren wollen. Das vertuschen natürlich die Massenmedien, durch die wir aufgehetzt werden sollen, einzig und allein für die Interessen unserer Machthaber auf die Habenichtse in den Entwicklungsländern einzuschlagen.

Folter an den Geiseln – eine Seifenblase, die gleich zerplatzt ist

Wogen humanitären Mitgefuhls umspülten die Heimkehrer und deren Familienangehörige das große Leid und die Qualen, die ihnen die Perser angetan hätten, wurden ausgebreitet und Reagan benützte die Gelegenheit, um gleich wieder in Cäsarenmanier ein Riesenbankett zu inszenieren, was er offenbar sehr gerne macht.

In seiner Liebedienerei für die Ami-Imperialisten verblödete sich das österreichische Fernsehen sogar, auch einen bekannten Wiener Haus- und Hofpsychiater zu Wort kommen zu lassen, der die seelischen Schäden längerer Haft („KZ-Syndrom") ausmalte. Eigenartig nur, daß dieselbe Gilde von Fachexperten an der Praxis der Folterknechte und Mörderbande des Schah-Regimes nichts auszusetzen wußte. Richtige KZ-Häftlinge waren und sind übrigens, falls sie ihre Entlassung aus faschistischen Kerkern überhaubt erlebten, nicht in dieser Frische, wie die „Helden der amerikanischen Nation" dem Flugzeug in Frankfurt entstiegen.

Mit „Spannung" erwartete deshalb die Weltöffentlichkeit nähere Details über die angeblichen „Akte der Barbarei" (so Carter) an den US-Geiseln. Wie das amerikanische Außenamt dann später bekanntgab, seien die Gefangenen zeitweise gefesselt und die, die Fluchtversuche unternahmen, bestraft worden.

No na, wird der gelernte Österreicher da sagen, schließlich waren sie ja nicht als Touristen unterwegs. (Um es in Erinnerung zu rufen: Die Gefangenen waren Angehörige der amerikanischen Botschaft in Teheran – eine „Botschaft", die als Spionagezentrum den US-Imperialisten dazu diente, die Fäden der Konterrevolution zu spinnen, die iranische Volksrevolution von innen zu Fall zu bringen. Die Geiseln waren also keineswegs die armen Unschuldslämmer, als die sie hingestellt werden.)

Wenn eine solche, keineswegs abnormale Behandlungsweise eine „Folter" und „Tortur" gewesen sein soll, wie sich unsere Massenmedien zu sagen verstiegen, was sind dann die Methoden, die die „Sicherheitskräfte" in den von den USA ausgehaltenen faschistischen Diktaturen gegenüber dem Volk anwenden? Eine Seifenblase also, die da die Lügenmedien fabriziert haben, die zerplatzt ist, ehe sie geschaffen.

Frei – aber gleich in CIA-Haft

Die freigelassenen Geiseln durften freilich nicht sofort nach Hause. Zuerst wurden sie im US-Hospital in Wiesbaden, dann auch in ihrem Heimatland selbst für einige Zeit festgehalten, um „auf Herz und Nieren" geprüft werden zu können. Das hatte nicht so sehr medizinische Gründe, sondern sollte dem amerikanischen Geheimdienst CIA Gelegenheit ⇨

